



Biwöchentlicher Monatsschrift. In Breslau 5 Mark, Wochen-Monat. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechsheligen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Erstellung: Herrenstraße Nr. 20. Außerhalb übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrige Tage zweimal erscheint.

Nr. 457. Morgen-Ausgabe.

Sechsundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Königsberger politische Briefe von Dr. Falkson.

VIII.

(Fortsetzung.)

Die erste Beratung des Militärgezesses fand am 16. Februar statt. Der Kriegsminister v. Kameke leitete sie ein, indem er das Gesetz als die Erfüllung des Art. 61 der Verfassung, welcher ein umfassendes Reichs-Militärgezetz verspricht, bezeichnet. Nichter beleuchtet die Vorlage in einem ausführlichen Vortrage. Nach ihm bestände die Vorlage eigentlich aus vier verschiedenen Gesetzen, einem Recruitierungsgesetz, einem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Militärpersonen, einer Landwehrordnung und dem Anfang eines Organisationsgesetzes. Bei einer Erörterung über die verschiedenen Abschnitte verweilt er besonders bei Abschnitt I, welcher die Friedenspräsenzstärke fixirt, also das Budgetrecht vernichtet. Niemals würde er und seine politischen Freunde auf den in § 1 ausgesprochenen Gedanken eingehen. Die Friedensstärke sei eine Schranke für das Parlament; die Armee solle als unveränderlich aus allen Staatsverhältnissen herausgehoben werden. Er versucht zu erwiesen, daß den Wehrforderungen der Regierung die finanzielle Lage des Landes nicht gewachsen sei. In jedem Lande der Welt werde die Friedensstärke jährlich durch das Gesetz festgestellt (in welchem Lande mit allgemeiner Wehrpflicht?). Er will nur einzelne Abschnitte der Vorlage einer Commission überweisen, Abschnitt 1 (und 3) im Plenum berathen wissen. Moltke erhebt sich darauf unter der gespanntesten Aufmerksamkeit des Hauses. Er vertheidigt die Ziffer des § 1 als unumgänglich. Existenz sei des Staates erste Pflicht. Ergeisend war seine schmucklose und tief ernste Schilderung der gegenwärtigen Lage Deutschlands. „Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entzissen werde“. Allgemein sei das Misstrauen gegen Deutschland. Nicht nur Frieden zu halten, auch den Frieden zu gebieten, müsse Deutschland im Stande sein. Betsky sprach sich unumwunden für die Vorlage der Regierung aus, für eine feste Grundlage, wie auf anderen Staatsgebieten. Hasenclever plädierte für einjährige Dienstzeit und das Milizsystem, von dem Moltke erklärt hatte, daß es die Geschichte nach den Erfahrungen Frankreichs im Revolutionszeitalter und dem letzten Kriege der Nordamerikanischen Staaten verurtheilt habe. Lasker will die ganze Vorlage an eine Commission überweisen, auch er ist der Meinung, daß eine Fixierung der Friedenspräsenzstärke mit dem Budgetrecht des Hauses unvereinbar sei; er halte sich nicht für berechtigt, die folgenden Reichstage zu binden: § 1 sei ganz zu streichen. Gneist spricht für gesetzliche Feststellung; jede gesetzliche Feststellung modifiziert das Budgetrecht. Ihm liege der Schwerpunkt in § 2 (Cadres). Sei eine Minimalziffer des Bataillone nothwendig, so sei eine Minimalpräsenz ziffer damit schon gegeben. Die Vorlage wird einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen.

In der ersten Commissionsitzung vom 26. Februar ging aus der Debatte hervor, daß die Mitglieder der Fortschrittspartei und ein Theil der Nationalliberalen die jährliche Feststellung der Friedenspräsenzstärke durch das Gesetz wollten. Ein anderer Theil der Nationalliberalen und die conservativen Mitglieder wollten die Friedenspräsenz dauernd durch das Gesetz feststellen. Die große Mehrzahl der Nationalliberalen sah schon jetzt einen Ausweg unter den streitenden Meinungen in der Fixierung der Präsenz auf längere Zeit. In der Presse tauchte gleichzeitig ein Gedanke auf, der fruchtbar zu sein schien, aber nach späteren Erklärungen der Regierung verlassen wurde: nämlich die verlangten 401,659 Mann als Normalziffer zu betrachten, zugleich aber eine erheblich niedrigere Minimalziffer anzunehmen, so daß die Bewilligung des Reichstages sich künftig zwischen beiden Ziffern je nach der politischen und finanziellen Lage des Reiches bewegen könne.

In der zweiten Commissionsitzung (27. Februar) hielt einer der Bundescommissarien, Major Blume, einen lehrreichen und eingehenden Vortrag über die Beurlaubungen von 1867—70 und dann 1872—74 und deren Folgen. Während der Dauer des Pauschquantums dazugehörig, könne die Reichsregierung dies System ohne Schädigung der Armee nicht weiter fortsetzen. Die Ausbildung der Truppen sei beeinträchtigt, der Halt der Cadres durch das Fehlen des größten Theils des 3. Jahrgangs in Frage gestellt. Man wolle daher die Manquements, durch Anrechnung der Einjährigen, durch dauerndes Zurückbleiben hinter dem etatmäßigen Stärke hervorgerufen, die Winter-Manquements eingehen lassen, den Zeitraum zwischen der Entlassung des dritten Jahrgangs und der Einstellung der Rekruten bis auf 4 Wochen verkürzen. Von dem dritten Jahrgang sollen in Zukunft 116 Männer per Bataillon bei der Fahne behalten und nur 70 Mann beurlaubt werden. Hiergegen erhob sich Opposition. In der Debatte kam man auf eine Minimalziffer, die dem Streite enthoben sein sollte, zurück, entweder als Gesamtzahl für alle Cadres, oder einzeln für die verschiedenen Waffengattungen, Bataillone, Escadrons, Batterieen. Mallinckrodt sprach sich für zweijährige Dienstzeit, die der Berechnung der Friedenspräsenz zu Grunde gelegt werden sollte, aus, und erklärte sich entschieden gegen § 2 (Fixierung der Cadres). In gleichem Sinne erklärte die Fortschrittspartei § 2 nur für einen Umweg, der zur Gewährung der geforderten Präsenzstärke führe.

In der dritten Commissionsitzung vom 28. Februar bezeichnete General v. Voigts-Rheeß die Ziffer von 401,659 Mann als Maximalziffer, bis zu welcher an irgend einem Tage des Jahres der Präsenzstand der Armee sich erheben dürfe. Nach dem Referat Miquels wurde regierungsseitig noch ausdrücklich erklärt, daß diese Ziffer auch zugleich die Normalziffer sei, insofern sie das Recht der Reichsregierung enthält, von dem Parlament die Verpflegungstage entsprechend mit diesem Präsenzstand zu fordern, also Verpflegungstage gleich der Summe 401,659 Mann mal 365 Tage. Auf den Einwand, daß dann mehr bewilligt werden würde, als gebraucht werde, da durch Tod, Erkrankung, Beurlaubung stets Manquements entstünden, wurde erwidert, daß das richtig sei, die Ersparnis aber stets in die Reichskasse zurückfließen würden. In dieser Sitzung sprach man sich conservativerseits gegen eine Fixierung der Präsenzstärke auf eine Anzahl von Jahren aus, übrigens unter Beistimmung des Kriegsministers, der erklärte, daß die Bundesregierungen auf die Stabilität der Arme einen solchen Werth legten, daß sie ein Provisorium nicht für wünschenswert halten könnten.

In der Commissionsitzung vom 13. März kam es zu bestimmten

Anträgen. Die freiconservativen und conservativen Mitglieder beantragten dem Verpflegungsrat der Truppen die Durchschnittszahl von 384.000 Mann zu Grunde zu legen und mit diesem Zusatz den § 1 der Vorlage anzunehmen, oder eventuell § 2 der Vorlage an Stelle des § 1 zu setzen, hier aber bei den einzelnen Formationen den Mannschaftsstand in einer Ziffer festzusetzen, was etwa auf dasselbe hinauskommt. Von Mitgliedern der Fortschrittspartei ward Streichung der §§ 1 und 2 beantragt, und nur die Bestimmung der deutschen Heeresmacht im Frieden in so und soviel Armeecorps, Eintheilung der Corps in Divisionen, der Divisionen in Brigaden, der Brigaden in Regimenter u. s. w. Die Mitglieder des Centrums in der Commission wollten ebenfalls die Cadres nicht gesetzlich fixiren, und gestalteten den § 1 in dem Sinne um, daß die Friedenspräsenzstärke jährlich und unter Zugrundelegung der zweijährigen Dienstzeit festgestellt werde. Ihr § 2 sollte dann die Eintheilung der Heeresmacht in 18 Armeecorps u. s. w. enthalten. Von nationalliberaler Seite wurde für jetzt kein bestimmter Antrag eingebracht. Auf dieser Seite dachte man fortlaufend an eine Durchschnittsziffer neben der von der Regierung verlangten Maximalziffer, aber wollte keinen Antrag stellen, ehe man wisse, ob die Regierung darauf einzugehen bereit sei. Als es zur Abstimmung kam, erhielt § 1 der Regierungsvorlage, wie der Antrag der Conservativen nur die 4 Stimmen dieser Partei, der Antrag des Centrums nur die 8 Stimmen dieser Partei, der Antrag des Fortschrittspartei 12 (Centrum und Fortschrittspartei). Es kam also kein Antrag zu einer Majorität. Dagegen ward § 2 der Regierungsvorlage (Cadres 469 Bataillone, 465 Escadrons u. s. w.), gesetzliche Fixierung der Formationen vom Bataillon resp. der Compagnie aufwärts mit 16 Stimmen (Nationalliberale, Freiconservative und Conservative) gegen 12 (Centrum und Fortschrittspartei) angenommen, hiermit also indirect die Friedenspräsenz fixirt, woher auch die Fortschrittspartei consequent dagegen stimmte. In der Sitzung der Commission vom 20. März gab der Kriegsminister die Erklärung ab, daß ohne § 1 in irgend einer annehmbaren Gestalt das Gesetz für die Reichsregierung keinen Werth habe, die Fixierung der Cadres also nicht genüge. Gegen die Aufstellung einer Durchschnittsminimalziffer, vorausgesetzt, daß sie entsprechend sei, spreche er sich nicht aus. Aber die Zustimmung der Bundesregierungen sei unerlässlich. Nunmehr, in zweiter Lesung, wiederholten die Conservativen ihren Antrag, der aber nur 6 Stimmen erhielt. Die Nationalliberalen erklärten auch in zweiter Lesung, daß der Zeitpunkt für sie noch nicht gekommen sei, sich über eine Durchschnittsziffer zu äußern; in der Commission werde keine Einigung zu erzielen sein, und im Plenum falle die Entscheidung. Erst dann werde der Zeitpunkt zu einer Verständigung gefunden sein. §§ 2 und 3 der Regierungsvorlage wurden darauf auch in zweiter Lesung mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen.

Somit war die Präsenzziffer der Regierung abgeklärt, ohne daß man etwas an ihre Stelle gezeigt hätte. In den Kreisen der Regierung war man ungeduldig und der Reichskanzler war überzeugt, daß in diesem ersten Momente der Reichstag seiner Aufgabe nicht gewachsen sei, daß selbst die nationalliberalen Partei die Zeichen der Zeit nicht verstehe. Das war der Moment, wo man in den Kreisen des Volks selbst die Initiative zur Lösung des Streits ergriff. Man war nicht im Stande, einen positiven Vorschlag zu machen, aber man wollte erklären und mit Bestimmtheit erklären, daß man keinen Conflict in der Militärfrage wolle, daß Verständigung mit der Regierung notwendig sei. Von einzelnen Orten, auch von liberalster Seite, ward geradezu Annahme des § 1 der Vorlage verlangt. Es ist später behauptet, daß diese große Bewegung, die sich allmäßig über ganz Deutschland verbreite, eine gemachte, künstlich präparierte gewesen sei. Nichts kann unwahrer sein. Gegenüber den unheilvollen Reminiszenzen der Conflictzeit, gegenüber den ernsten Gefahren der Zukunft wollte man absolut keinen neuen Conflict. Es war eine Ehrensache des deutschen Volks, ein derartiges Schauspiel dem misswollenden Auslande nicht zu bieten. Am 26. März begannen badische Bürger in Rudolfszell die Bewegung. Man sprach sich einstimmig für § 1 der Vorlage aus. Das Budgetrecht durfte nicht die Sicherheit des Reichs in Frage stellen. Versammlungen in Augsburg, Stuttgart, Darmstadt, Bremen, ermahnen dringend zur Verständigung; in immer weiteren Kreisen schreitet die Bewegung fort. In den ersten Tagen des April haben bereits in zahlreichen Orten Württemberg, Bayern, Baden, der Rheinlande, Westfalen, große Versammlungen, von den verschiedensten Nuancen der liberalen Partei besucht, stattgefunden, alle mit demselben Rufe: Verständigung „ohne weiteres Teilschen, ohne kleinliches Marken, unter allen Umständen, ohne Rücksicht auf theoretische Fragen“, selbst, wenn es sein muß, unverkürzte Annahme des § 1.

Dem gegenüber fehlte es auch nicht an entgegengesetzten Kundgebungen, aber sie fanden sich nur spärlich. Ultramontane Versammlungen verlangen jährliche Feststellung der Friedenspräsenzstärke. Dieselbe Forderung erheben Versammlungen der Fortschrittspartei in Königsberg und die der Reichswahlkreise in Berlin. Endlich in zwölfter Stunde kommt die Verständigung, aber außerhalb der Commission zu Stande. Man vereinbart mit der Regierung ein Compromiß, die im § 1 geforderte Friedenspräsenzstärke auf 7 Jahre bis zum 31. Dezember 1881, zu bewilligen. Alle übrigen Abänderungen, welche die Commission in der Vorlage der Regierung vorgenommen, wurden acceptirt mit der Maßgabe, daß betreffs der Communalbesteuerung der Militärpersonen keine Bestimmung getroffen, sondern die Frage der künftigen Reichsgesetzgebung vorbehalten werde. Der Reichskanzler selbst ist es, der dem Kaiser diese Lösung zu akzeptieren rieh, nachdem er durch die Führer der nationalliberalen Partei, welche sich einstimmig für dieses Compromiß erklärt, die Überzeugung gewonnen, daß die Majorität im Reichstage diesem Vorschlage gesichert sei.

Breslau, 1. October.

Die nunmehr festbestimmte Reise des Kaisers nach Italien giebt der „Nationalliberalen Correspondenz“ zu folgenden Bemerkungen Veranlassung: zunächst wird man überall in Deutschland aus dem Entschluß zur Reise mit aufrichtiger Freude die Folgerung ziehen, daß der Gesundheitszustand des Kaisers trotz der außerordentlichen Strapazen der jüngsten Zeit ein vorzüller ist. Dann aber werden auch die üblichen Mußmachungen über den „wahren Zweck“ dieser Monarchenbegegnung nicht ausbleiben. Der Umstand, daß der Reichskanzler den Kaiser begleitet, ebenso wie seiner Zeit die

Minister Visconti und Minghetti den König Victor Emanuel begleitet haben, zeigt allerdings, daß die Reise zugleich eine politisch Bedeutung hat, nur würde man wohl sicher fehlgehen, wenn man diese Bedeutung in etwas Anderem als in der allgemeinen Bestätigung der freiwirtschaftlichen Beziehungen suchte, durch welche die beiden Nationen mit einander verknüpft sind. Die Beziehungen Europas bieten nirgends einen Punkt, der für Italien oder Deutschland etwas Bedrohliches hätte und deshalb einen speziellen Austausch der Ansichten erforderne. Man könnte einen solchen dunklen Punkt nur in dem wachsenden Erfolge suchen, mit welchem der Clericalismus sich des Geistes der französischen Nation zu bemächtigen weiß. Indes gerade dies ist ja eine Frage, in welcher die italienische und die deutsche Politik jede ihrer eigenen Anschaulichkeiten hat. Deutschland hat die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit des Staates den päpstlichen Ansprüchen gegenüber durch eine besondere Gesetzgebung gewahrt, in Italien glaubt man solche Schranken nicht nötig zu haben und hat im Gegenteil die Rechte, welche der Staat über die Hierarchie, z. B. bei der Besetzung der Bischofsämter, bisher übte, fast sämmtlich preisgegeben. Erst die spätere Entwicklung wird es klarstellen, welcher von beiden Staaten den besseren Weg verfolgt hat. Nach unserer Überzeugung werden auch die Italiener mit der Zeit die Erfahrung machen, daß sich politische und bürgerliche Freiheit mit dem schrankenlosen Einfluß der Hierarchie auf Unterricht und Erziehung eines Volkes u. s. w. nicht vertragen. Ein Theil von ihnen fühlt es bereits jetzt. Vor nicht langer Zeit sagte das römische Journal „Diritto“:

„Der Clerus hat, in der Hoffnung auf die Restauration des Papstes, zuerst durch österreichische, gegenwärtig durch französische Intervention, bis her unterlassen, die Freiheit und die Constitution Italiens von innen anzugreifen. Die clericalistische Partei verbirgt sich passiv während der Wahl, aber dies wird Alles anders werden. Bereits in Neapel, Rom und Bologna hat der Clerus die politische Arena betreten. Die Kirche überläßt das ganze Land mit Vereinen, die von den Jesuiten inspiriert werden und die geistlichen Genossenschaften bemächtigen sich der nachwachsenden Generation, die sie im Haß gegen Italien und seine Institutionen erziehen.“

Aber die Gefahren, die aus solcher Entwicklung hervorgehen, wird man allgemeiner erst dann verstehen, wenn sie sich in greifbaren Thatsachen deutlich machen. Wir von unserm Standpunkte können also im eigensten Interesse Italiens nur wünschen und hoffen, daß es sich in Zukunft in seiner Kirchenpolitik mehr als bisher dem von Deutschland eingeschlagenen Wege annähern werde. Wie sehr aber auch unsere Bahnen auf diesem Gebiete einstweilen noch auseinander gehen mögen, so ist dadurch doch die Uebereinstimmung, welche zwischen den beiden befriedeten Stationen über die großen Fragen der europäischen Politik besteht, unberührt geblieben. Und so werden alle Freunde des europäischen Friedens die Reise unseres Kaisers als eine neue Bestätigung dieser Uebereinstimmung mit Genugthuung begrüßen.

Die Ultramontanen im bayerischen Landtage haben ihre imposante Majorität von zwei Stimmen benutzt, um das ganze Landtags-Bureau, Präsidenten, Vizepräsidenten und sogar die Sekretäre aus ihrer Partei zusammenzufügen. Es ist ein ganz gewöhnlicher parlamentarischer Anstand und sowohl der deutsche Reichstag als der preußische Landtag haben stets darauf gehalten — im Bureau auch die Minoritäten möglichst vertreten sein zu lassen, aber was weiß der Ultramontanismus von Anstand! Ihm gilt es die Herrschaft zu behaupten, und dazu wird auch eine Majorität von zwei Stimmen benutzt; nicht einmal eine Secretärstelle wird der Minorität von 76 Stimmen eingeräumt. Es ist wiederum ein leuchtendes Beispiel, wie stark und prozig die Ultramontanen sind, wenn sie irgendwo die Majorität, sei es auch noch eine so winzige, erlangen. Jetzt werden sie ihre zwei Stimmen benutzen, um den Erlass einer Adressen durchzuführen, obwohl der Landtag durch eine Thronrede nicht eröffnet worden ist. Ihr lächerlicher Uebermut wird die Herren auch in Bayern stürzen.

In Italien sind, wie schon mehrfach erwähnt, die Mitglieder der ehemaligen parlamentarischen Linken gegenwärtig auf das Eigentliche bemüht, eine neue constitutionelle Oppositionsgruppe zu bilden, die fähig wäre, früher oder später die Befreiung der Regierung zu ergreifen. Zur richtigen Beurtheilung dieses Bestrebens entlehnen wir einer römischen Correspondenz der Wiener „Deutschen Zeitung“ folgende Ausführungen:

„Nach dem Tode Nattaži's, des einzigen Mannes, der es verstand die stets ungünstige parlamentarische Linke im Baum zu halten und zu disciplinieren, geriet die Partei in vollständige Verwirrung. Vergebens versuchten es einzelne der einflussreichsten Führer, eine Leitung wieder herzustellen. Keiner von ihnen besaß aber die erforderliche Kraft, noch auch das Ansehen, die Herrschaft Nattaži's anzutreten. Die Opposition, in Fraktionen getheilt, verlor immer mehr an Ansehen und Zusammenhang und wurde bei allen ernstern Anlässen geschlagen.“

„Ein längeres Andauern dieser Sachlage konnte natürlich jenen Oppositions-Mitgliedern nicht behagen, welche, von persönlichem Ehregeiste beseelt, sich auch die Eignung vindicieren, eventuell die Regierung anzureten. Die ehemalige Eintracht der Linken war, wohlgemert, hauptsächlich auf Zweideutigkeit gegründet. Mitglied der nationalen Opposition zu sein, hieß einfach: republikanischen Betreibungen huldigen“. Dies war ein grober Fehler, der dennoch aus gefälliger Schweigamkeit der Beteiligten nicht corrigit wurde. Dieser Umstand trug wesentlich dazu bei, diese Partei zu discreditieren und ihr fortgesetzte Niederlagen zu bereiten.

„Italien neigt gegenwärtig nicht zum Republikanismus, und seine, welche dennoch in diesem Sinne handeln wollten, würden sich nur schwerlich auszeichnen. Inzwischen wurde doch nichts gethan, um eine Neorganisierung der Opposition in einem mit der Stimmung des Landes einträchtigen Sinne anzureben. Niemand wagte, die Initiative zu ergriffen, bis Garibaldi, ohne es zu wollen und ohne daran zu denken, den Anstoß hierzu gab. Von ersten Wahlbezirke in Rom in die Kammer geschickt, verließ der alte Condottiere sein Caprera und kam in die Riesidenz. Seiner Ankunft gingen die leidhaftesten Befürchtungen voraus. Seine so lange und hartnäckig geoffenbarte republikanische Gesinnung floh große Bedenken ein. Garibaldi, der anerkannte Führer aller italienischen Radikalen, war eine Drohung und eine Gefahr, und Alles war über sein Wiedererkehren auf dem politischen Schauplatz in wenig zuverlässige Stimmung geraten. Die Haltung, welche Garibaldi in Rom annahm, ist bekannt. Die Beurtheilung, die er eingeholt hatte, stellte sich als ungerechtfertigt heraus. Er brachte dem Könige seine Huldigung dar, stattete den Ministern Besuch ab und nahm von der Regierung eine lebenslange Pension von 5000 Francs an. Er läßt alle politischen Fragen beiseite und beschäftigt sich ausschließlich mit dem Projekte der Trockenlegung der Campagna Romana und der Kanalisierung des Tiber. Wenn Garibaldi nicht hoch in der Meinung des italienischen Volkes gestanden hätte, so würde sein Verhalten sicherlich als eine Vergewisserung gedeutet werden.“

„Man beschränkte sich darauf, darüber Schweigen zu beobachten. Sein Beispiel ermutigte jedoch die Unerschrockenen. Baron Nicofera, Deputierter des südlichen Provinzen, hat das Signal zu einer Bewegung gegeben, welche in diesem Augenblide das hervorragendste politische Ereignis der Halbinsel bildet. Baron Nicofera, im beiläufigen Alter von 45 Jahren, ist Deputierter des Wahlbezirks von Salerno. Er stammt von einer ziemlich wohlhabenden Familie in der Provinz und debütierte im politischen Leben mit der Theilnahme an dem revolutionären Putsch des belasteten Bisacane, welcher den Tod dieses Letzteren und seiner Gefährten zur Folge

hatte. Nicotera hatte die Ansicht, unter König Ferdinand II. lebendig im Gefängnisse zu blicken. Im Herbst von Fabignano schwachend, wurde er durch die Ereignisse des Jahres 1860 aus demselben befreit. Nicotera nahm dann an den Freiheitskämpfen Garibaldi's Theil und blieb beständiger Vertreter Salernos im Parlamente. Ein sehr begabter Mann und vorzüglicher Redner, errang er in seiner parlamentarischen Tätigkeit zahlreiche Erfolge, die ihn gewiß zur Höhe eines bedeutenden Mannes gebracht hätten, wären dieselben nicht durch so manche unüberlegte Handlung beeinträchtigt worden. Trotz allem ist Baron Nicotera immerhin einer der einflußreichsten Männer der parlamentarischen Opposition geblieben. Er ist es nun, welcher die Grundlage zu einer Reconstruction der Opposition eben entworfen hat. Er erklärt es offen, daß die Mißverständnisse ein Ende nehmen müssen und auf eine radikale Opposition zu verzichten sei. Letztere ist unmöglich geworden und muß die Opposition sich auf dem Boden des gegenwärtigen Regimes bewegen, welches von der Majorität der Nation getragen wird.

"Baron Nicotera appellierte an seine politischen Freunde, und seine Worte wurden gütig aufgenommen. Eine in Neapel stattgefundenen zahlreich besuchte Versammlung sicherte ihm die Unterstützung einer ziemlichen Anzahl seiner Collegen aus den Südpolen zu. Nachdem sich nun Nicotera mit dem Führer der piemontesischen Fraktion der parlamentarischen Linken, Depretis, ins Einvernehmen gesetzt hat, bestätigt sich diese neue Oppositionsgruppe in achtgebietender Weise. In diesem Momente hat Depretis in einer Ansprache an seine Wähler von Sidella das Programm der neuen Partei entwidelt, ein Programm, mit dem er zur Restaurierung der alten Republik aufgerufen ist. Das Land verfolgt mit Interesse die Constitutionierung der neuen Partei, welche, indem sie den Wünschen der Nation und den Erfordernissen der Zeit gerecht wird, auf das politische Leben Italiens unweislich Einfluß gewinnen wird."

Die italienische Regierung gedenkt, wie die „Liberta“ erfährt, die Kammer noch vor dem 15. November einzuberufen. Die Session war nicht geschlossen worden, um nicht einen großen Theil der im vorigen Jahre in Angriff genommenen Arbeiten aufzuladen, da in jeder Session die Vorlagen auf Neue eingebrochen und neu zu wählenden Commissionen übergeben werden müssten. Die Regierung wird der Abgeordnetenkammer sogleich nach der Eröffnung der Session die letzten Abänderungen an dem Budget für 1876 vorlegen und beantragen, daß während der Finanzausschuss seine Berichte ausarbeitet, die Conventions mit den Eisenbahngesellschaften auf die Tagesordnung gesetzt werden.

In Frankreich fährt die Rude, welche der Finanzminister Leon Say in Isle Adam gehalten hat, die Blätter zu beschäftigen fort. Natürlich ereigte dieselbe bei den constitutionellen Blättern vielen Beifall, und vergleicht man diesen Coast mit Bussel's Worten, so ist allerdings nicht zu erkennen, daß der Unterschied zwischen den liberalen und den reactionären Hälften des Ministeriums noch in alter Schärfe besteht. Das Merkwürdigste an ihm ist übrigens, daß er bis jetzt nicht im „Journal officiel“ steht, während doch Broglie's Text, obgleich dem Redner die amtliche Eigenschaft abgeht, sofort in diesem Blatt abgedruckt wurde. In den ultramontanen Kreisen erregten die Auslassungen Leon Say's große Entrüstung, wie die Sprache des „Univers“ beweist, daß sich über die Rude des Finanz-Ministers folgender Maßen äußert: „Wenn man den Ton und den Geist der Erklärung in's Auge sah, so wird man einsehen, daß Herr Leon Say durch seine politischen Ideen Herr Gambetta viel näher steht, als Herr Bussel, und daß es schwer ist, an die Gleichartigkeit eines Ministeriums zu glauben, von dem ein Mitglied in rohem, das andere in weitem Sinne spricht.“

Eine höchst bemerkenswerte Probe französischer Unkenntnis, — wenn es nicht etwas Anderes ist, — hat die „République française“ in einem Berichte über die schlesischen Mandate geliefert. Sie schreibt nämlich:

„Das Terrain war kein anderes als das, welches der Schauplatz der Niederlage Blücher's durch Macdonald (1) im Jahre 1813 an der Kärbach gewesen ist. — Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ bemerkt hierzu treffend: „Da die „République française“ in der Kriegsgeschichte anscheinend so unbewandert ist, daß sie weder das Ergebnis der Schlacht an der Kärbach noch deren folgenreiche Konsequenzen kennt, so empfehlen wir ihr bei der Aufmerksamkeit mit welcher sie Deutschland neuernd zu beobachten pflegt, das Studium des Rüderischen Gedichtes „Hütet Euch vor den Bächen, die da von Thieren sprechen.“ Die „République française“ würde sich daraus, falls sie es gleichfalls vergessen haben sollte, auch über den Ausgang der Schlacht bei Kärbach informieren können.“

In England war es bis vor Kurzem fast nur die conservative Partei, welche die im Lande herrschende politische Windstille durch einige Verfassungen unterbrach. Jetzt dagegen werden, wie es heißt, die Liberalen in Lancaster ihren vor einigen Wochen angekündigten Feldzug mit vollem Eifer antreten. In verschiedenen Orten der Grafschaft werden die Vorbereitungen zu größeren liberalen Parteiversammlungen getroffen. Das Haupt-Meeting soll in der zweiten Hälfte des October in der Free Trade Hall zu Manchester stattfinden. Die Bewegung wird sich auf die von John Bright vor Kurzem angegebene Operationsbasis führen, deren Centrum die Wahlrechtsfrage — Ausdehnung des städtischen Wahlrechts auf die ländlichen Bezirke — bildet.

Stadttheater.

Zur Geburtstagsfeier Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin: Oberon.

Nach den Anstrengungen des ersten Monats auf dem Gebiete der Oper mag nunmehr eine gewisse Abspannung eingetreten sein, welche sich am vorgestrigen Abend zum ersten Male empfindlich bemerkbar machte. Die Aufführung war verfrüht: die neuen Solisten sammt und sonders unsicher und unfertig, die mise en scène mangelhaft, das Orchester und sein Chef wenig angeregt. Mit Decorationen wurde unter der früheren Direction gearbeitet, jetzt möchten wir denn auch einmal den „Oberon“ zu Gehör bekommen!

An geeigneten Kräften fehlt es nicht. Nur was die Belebung betrifft, dürfte die Titelrolle bei Herrn Küch besser aufgehoben sein. Der wacke Tenorbuffo Herr Winkelmann bringt für den Elfen-König weder Erscheinung mit, noch versteht er es, in Rede und Gesang poetisch zu wirken. Herr Coloman-Schmidt wird der schablonenhafte Opernfigur des „Hün“ zwar keine Seele einhauchen, aber, sofern er sich nur die große E-dur-Arie zurecht legt, dieses Monstrum von Schwierigkeit in seltener Weise meistern. Vorläufig experimentiert er noch mit den Stimmmregistern. Auch macht sein abgeblaßtes Spiel eine energische Aufführung wünschenswert.

Frau Zimmermann gab die „Rezia“ anscheinend zum ersten Male. Die Oceanarie liegt ihr ausgezeichnet, aber sie erfordert durch den Umstand, daß die ganze Scene mit einer Halbwendung zum Publikum, wie dies die Situation bedingt, gesungen werden muß, vollkommene musikalische Sicherheit. Wenn sich ferner unsere Prima-donna nur daran gewöhnen könnte, die Stimme leichter zu behandeln! Ein Pianist von ihren Lippen ist eine Seltenheit, zum ersten Finale mit seinen zarten Florituren führt sie das schwierste Tongeschick ins Feuer und die Vision singt sie wie eine Sibylle. — Auch Frl. Huch schien als „Fatime“ zu debüttieren. Abgesehen von der Unsicherheit, welche sie mit den andern teilte, hat sie sich, ob aus Angst oder Indisposition, durch ein beständiges Zutstellen hervor und leistete schauspielerisch noch durchweg Primitives.

Da ließ man sich unsern Rieger als lustigen „Scherasmin“ gefallen! Gleich ihm würde Frl. Weber (Puck) befriedigt haben, wenn sie die Verse deutlicher gesprochen hätte. A propos, der Dialog dieser Oper bedarf überhaupt einer sorgfamen Überwachung Seitens der Regie, deren Flüchtigkeit diesmal in unsicherer Abgängen, verfrühten Auftritten und Anderem mehr erkennbar wurde.

Neber dem melodischen Bijou des Meermädchen-sanges schwiebt wieder die Hand des Verhängnisses, es wurde von der Kunstoffe-

Die Nachrichten aus Amerika lauten bekanntlich schon seit längerer Zeit in Hinsicht auf die geschäftliche Lage betrübend genug. Die „N. Y. Ztg.“ aber entwirft auf Grund der in den nordamerikanischen Blättern enthaltenen Berichte eine Schilderung der gegenwärtig auf den Vereinigten Staaten lastenden Krisis, von der man nur wünschen möchte, daß sie als übertrieben bezeichnet werden könnte. „In Newyork“, so schreibt sie nämlich, gibt es Tausende von Menschen ohne Arbeit. In New-Orleans ist die Krise vielleicht noch schrecklicher. Vor fünfzehn Jahren noch war diese Stadt eines der großen Entrepôts des Handels zweier Welten. Der Hafen war von zahllosen Schiffen bedeckt, die Kais mit Waren aller Art gefüllt; alle Welt konnte mit geringer Mühe reichlichen Verdienst finden; man lebte allgemein im Wohlstande, ohne zu denken, daß dieser Zustand sich je ändern könnte. Jetzt ist diese Stadt kaum mehr gegen früher zu erkennen; sie zählt mehr als 40,000 verschämte oder unverschämte Arme. Handel und Verkehr stehen vollständig, und wenn neue Kaufleute ihre Bücher zeigen möchten könnte man daraus ein erschreckliches Bild der commerciellen Lage erschließen. Ein leerer Hafen, leere Kaufhäuser, Handelsleute mit verdüsterten Mienen, Unglückliche, welche zum Selbstmorde ihre Zuflucht nehmen, keine Arbeit, kein Credit, kein Vertrauen, keine Hoffnung auf Besserwerden.

Deutschland.

Berlin, 30. Septbr. [Die Mecklenburger Verfassungsangelegenheit. — Deutscher Verein für die humanistische internationale Ausstellung in Brüssel. — Verfassungsbestrebungen der Elsaß-Lothringer. — Oppositionelle Phantasie über die italienische Reise.] In Mecklenburg rüstet man bereits wieder zu der alljährlichen Reichstagssession um die Verfassung und zwar dieses Mal mit um so größerer Entschiedenheit, je mehr man geneigt ist, in der Antwort des Kaisers auf die Begrüßung der Rostocker Deputation ein Anerkenntnis des guten Rechtes der Bevölkerung zu erblicken. Es mag sein, daß diese Auslegung der kaiserlichen Worte nicht die einzige möglich ist, indes wird sie sehr erklärlich erscheinen, wenn man bedenkt, daß man sich in Mecklenburg allmählig daran gewöhnt hat, nur von Kaiser und Reich Hilfe in den trostlosen Verfassungsstreitigkeiten zu erwarten. Wie man aus wohlorientierten Kreisen mittheilt, wird demzufolge in den ersten Tagen der Reichstagssession zunächst wieder seitens der Rostocker Bürgerschaft eine Petition eingebracht werden, in welcher der Reichstag erucht wird, mit allen Mitteln für die Verwirklichung seiner früheren Beschlüsse einzutreten, wonach in jedem Bundesstaat eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgegangene beschließende Vertretung bestehen soll. Eine ähnliche vor zwei Jahren bei dem Reichstag eingegangene Petition zählte bereits über 2000 Unterschriften; die hier in Rede stehende dürfte wohl noch mehrere auf sich vereinen. In Bundesstaatskreisen ist man übrigens, wie aus bester Quelle verlautet, durch den Gang der Angelegenheit vielfach peinlich berührt, da man ziemlich allgemein das gute Recht der Petenten anerkennt, und es darum doppelt unangenehm empfindet, daß es der mecklenburgischen Regierung noch immer nicht gelungen, die Sache zum Austrag zu bringen. Man könnte nur wünschen, daß dies peinliche Gefühl wirklichen Ausdruck in einem entsprechenden Drängen des Bundesrats auf Herstellung verfassungsmäßiger Zustände in Mecklenburg seinen Ausdruck finde. — Auf Anregung des deutschen Kronprinzen wird im Lauf der nächsten Woche hier selbst ein Comite zur Förderung eines von allen Freunden der Humanität mit warmer Sympathie begrüßten Unternehmens zusammengetreten. Vom 15. Juni bis zum 1. October soll nämlich in Brüssel eine mit einem Congres für Gesundheitspflege und Rettungswesen verbundene internationale Ausstellung stattfinden, welche nach dem Programm dazu bestimmt ist: „Als zur Anschauung zu bringen, was Wohlthätigkeit kann, staatliche Veranfaltung und Privatvereine erdacht oder hergestellt haben, um das Leben des Menschen zu retten, zu erhalten und ihm in Gefahr oder Leiden zu Hilfe zu kommen.“ Die Ausstellung wie die Verhandlungen des Congresses sollen zehn Sektionen umfassen, u. A. Vorbeugung, Hilfe- und Rettungsmittel bei Feuers- und Wassergefahr, bei Eisenbahnunfällen, Hilfeleistung in Kriegszeiten, öffentliche Gesundheitspflege, Einrichtungen behufs Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen u. s. w. Der deutsche Kronprinz, der die Angelegenheit mit dem lebhaftesten Interesse verfolgt, und wie bemerkt, die Anregung dazu gab, daß die Belehrung Deutschlands an dem Congresse wie der Ausstellung nach einem einheitlichen Plane erfolge, hat das Protectorat über den zu diesem Zwecke zu bildenden Verein übernommen. An der Spitze des Unternehmens stehen u. A. General

v. Grol, Dr. Gneist, Professor Birchow, General von Voigts-Rhetz u. s. w., die Constituierung des definitiven Comite's, zu welchem auch hervorragende Abgeordnete aller Parteien zugezogen werden sollen, wird am nächsten Mittwoch stattfinden. Daß der Plan allseitig auf thatkräftige Mitwirkung zählen darf, braucht wohl nicht erst bemerkt zu werden. — Bekanntlich hat der Bezirkstag von Unter-Elsaß neuerdings den Wunsch auf Verleihung eines provinziellen Landtags und einer eigenen Verfassung für Elsaß-Lothringen ausgesprochen. In den Motiven findet sich nun folgende charakteristische Stelle: Elsaß-Lothringen, „zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz gelegen, trachte aus seiner transitorischen Ausnahmestellung herauszu kommen.“ Die Herren könnten der Verwirklichung ihres Wunsches in der That kein größeres Hindernis bereiten, als es mit dergleichen Bellickeiten geschieht. Selbst in den Kreisen, in welchen man jenes Verlangen nach einer Verfassung an sich gerechtfertigt findet, ist man doch der Ansicht, daß es sicherlich nicht eher in Erfüllung gehen wird, bis, wie die „Volkszeitung“ hervorhebt, die Bevölkerung der Reichslande die Utopie einer Sonderstellung aufgegeben und sich daran gewöhnt hat, sich in die innigen Beziehungen ihres engeren Vaterlandes zu dem vaterländischen Reich hineinzudenken, auf denen, wie in der Gegenwart, so sicherlich auch in der Zukunft alle ihre politischen Rechte allein fundamentirt sind. Uebrigens würde die Forderung auf Verleihung einer Verfassung auch ohne solche immerhin bedenkliche Symptome für jetzt in maßgebenden Kreisen nicht auf Erfüllung zu rechnen haben. — Auswärtige Journale, namentlich englische und belgische Blätter, ergehen sich in wunderlichen Combinationen über die Zwecke und Ziele der Kaiserreise nach Italien. Selbstverständlich spielt ein neuer Offensiv- und Defensiv-Vertrag mit Italien, dessen Spize sich gegen Frankreich kehren soll, die Hauptrolle in den Combinationen. Nicht minder verweilt wird der Anstrengungen des Fürsten Bismarck gedacht, den Garantievertrag Italiens mit dem Papst auf neue Grundlagen zu stellen und den Frühjahrbesuch des Kaisers von Österreich in Italien in seinen vermeintlichen Consequenzen abzuschwächen. Es verloht kaum der Mühe, diese und andere Phantasien zu dementiren, einfach deshalb, weil sie durch die Thatsachen selbst überholt und hinfällig geworden sind. Aber in jenen Oppositionsblättern findet sich auch die Angabe, daß der Reichskanzler im letzten Augenblick Gesundheitsrücksichten vorschlägen und in Barzin bleiben wollte, weil er eine persönliche Abneigung gegen den König Victor Emanuel empfand, und daraus nie ein Hehl gemacht habe. Nur auf dringendes Ansuchen des Kaisers sei er zur Reise bewogen worden. Die Unwahrheit dieser Behauptungen liegt klar auf der Hand. Offenbar werden ähnliche Erfindungen von den ultramontanen Blättern Italiens zu derselben Zeit vorbereitet werden, während welcher dem deutschen Kaiser und seinem Kanzler die Orationen des italienischen Volkes gebracht werden. Es ist gut, auf diese Mander hinzuweisen, um die möglichen Wirkungen von vornherein zu durchkreuzen.

△ Berlin, 30. Septbr. [Aus der Reichs-Justizcommission. — Housselle †.] Die Resignation, mit der die „Provinzial-Correspondenz“ über die Reichsjustizgesetze in Betreff der parlamentarischen Zeiteinteilung in der bevorstehenden Reichstagssession spricht, läßt vermuten, daß die preußische Regierung die Meinungsverschiedenheiten, die sich bereits in der Commission bei den wichtigsten Fragen herausgestellt haben, für bedeutend genug hält, um an dem baldigen Zusammentreffen des großen gesetzgeberischen Werkes ernstlich zu zweifeln. Über die Periode, wo man meinte, im allseitigen Interesse dergleichen Reformen im Sturmschritt fertig schaffen zu müssen, sind wir seit Annahme des Septembert hinaus. Wenn sich dies zu Ende neigt, wird man in gewissen Kreisen wieder mehr Freudigkeit an nationalen Reform-Ideen entwickeln, als im gegenwärtigen Zeitpunkt. Für die Reichs-Justizcommission wird wohl ein entscheidender Wendepunkt in einigen Tagen eintreten, wo der Abg. Lasker heimkehrt, um mit frischen Kräften an deren Arbeiten teilzunehmen. Die hin und wieder auftauchende Meinung, Lasker werde sich in der Commission rücksichtsvoll von eingreifenden Änderungsanträgen fernhalten, ist bei dem regen Pflichtgefühl, welches die parlamentarische Thätigkeit Lasker's kennzeichnet, durchaus unbegründet. Aus dem gestern zur Vertheilung gekommenen Abdruck der Reichsjustizcommissions-Protokolle der Sitzungen von der ersten Hälfte September sind besonders die Verhandlungen über die Berufung in Strafsachen interessant. Die schlesische Abstimmung in der Sitzung vom 13. September war eine namentliche. Bekanntlich

Frau Holder-Egger in Trümmer geworfen. War auch der falsche Einschluß unverzeihlich, so hätte doch Herr Kapellmeister Hillmann durch nachdrücklicher Tatschlägen das gänzliche Fiasco abwenden können. Es will uns bedenken, als werde er in ständiger Stellung vom Hintergrunde der Bühne aus nicht deutlich genug gesehen. Nebenbei schien ihm auch das Werk nicht so geläufig zu sein, wie die bisher geleiteten Opern: die Tempi waren hier und da vergessen, insbesondere die Introduction viel zu überhastet, der orchestrale Theil mit Ausnahme der Ouvertüre ohne seine Retouchen. Wir dürfen von seiner schon jetzt erprobten Tüchtigkeit in Wölde eine würdige Aufführung erwarten und werden eventuell auf eine solche zurückkommen. Soviel über den musikalischen Theil.

Während von den beteiligten Schauspielern Frl. Ungar als „Roschana“ die Ausarbeitung dieser Episode sich hatte angelegen sein lassen, hielt Herr Thies den „Almansor“ im Tone eines Wütherichs aus dem Vorstadtbühne. Mit Beifall wurden schließlich die Leistungen der neuen tanzenden Kräfte, des Frl. Lyra und Herrn Mähl, aufgenommen, die, wenn sie auch künstlerisch an ihre Vorgänger nicht hinreichen, doch schon einen respectablen Grad von Technik (und dies gilt namentlich von der Dame) erreicht und sich für unser Institut wiederholt als verwendbar erwiesen haben. P. S.

Frau Zimmermann gab die „Rezia“ anscheinend zum ersten Male. Die Oceanarie liegt ihr ausgezeichnet, aber sie erfordert durch den Umstand, daß die ganze Scene mit einer Halbwendung zum Publikum, wie dies die Situation bedingt, gesungen werden muß, vollkommene musikalische Sicherheit. Wenn sich ferner unsere Prima-donna nur daran gewöhnen könnte, die Stimme leichter zu behandeln! Ein Pianist von ihren Lippen ist eine Seltenheit, zum ersten Finale mit seinen zarten Florituren führt sie das schwierste Tongeschick ins Feuer und die Vision singt sie wie eine Sibylle. — Auch Frl. Huch schien als „Fatime“ zu debüttieren. Abgesehen von der Unsicherheit, welche sie mit den andern teilte, hat sie sich, ob aus Angst oder Indisposition, durch ein beständiges Zutstellen hervor und leistete schauspielerisch noch durchweg Primitives.

Am 31. October 1835 setzten wir unsere Reise durch die Wallache fort. Wenn mein Urtheil über dies Land nicht sehr günstig aussaß, so muß ich zur Sieuer der Wahrheit bemerken, daß ich nur den noch in dem letzten Feldzuge durchbar verwüsteten Theil geheben. Vielleicht sind die nördlichen Gegenden besser. Dabei durchzogen wir diese Ende während eines mehrtägigen unausgesetzten Regens, und es war ein Glück für mich, die mühevole Reise wenigstens in angenehmer Gesellschaft zu machen.

Wir hatten uns in Orsowa einen Leiterwagen gekauft, denn die wallachischen Fuhrwerke sind wie Kinderwagen, nicht über 2 Fuß 4 Zoll hoch, und so kurz und eng, daß kaum ein Mensch darin sitzen kann, führte er auch noch so wenig Gepäck mit sich wie wir. An dem ganzen Wagen ist nicht das kleinste Stück Eisen; Nabe, Achse, Alles von Holz. Ebenso wenig darf man irgend eine Art Metall an dem Pferdegeschirr suchen. Wir fanden nachmals die Flüsse so ange schwollen, daß das Wasser bis in unsern großen Wagen trat, und gratulierten uns, nicht noch zwei Schuh niedriger zu sitzen. Unsere Karosse galt aber für eine voiture monstre in der Wallache; man spannte uns acht Pferde vor, und an schwierigen Stellen noch einige Büffel. Wo es indeß der Weg gestattete, da ging es in schnellem Galop unter lautem Schreien der Postillone davon, die ohne Sattel auf den kleinen Pferden saßen und fast die Erde mit den Beinen berührten. Das Rufen benachrichtigt schon von Weitem die Post, und wenn man in den umzäunten Hof fährt, stehen die neuen Pferde bereit.

Der Regen goss unaufhörlich vom Himmel, und mein Hut war so durchweicht, daß ich ihn aus dem Wagen warf. Zu Krajowa mußten wir, um unsere Pässe zu trocknen, zum Bäcker schicken, und erhielten sie, wie eine Art Backwerk, halb verbrannt zurück. In den Dörfern fand man nichts, weder Essen noch Trinken, noch Nachtquartier. Selbst die Postämter sind elende Hütten, oder eigentlich Höhlen in der Erde, mit einem Dach aus Zweigen überdeckt. Von einer solchen Armuth habe ich mir bisher keine Vorstellung zu machen gewußt.

Nicht wenig erfreut waren wir, in Bukarest ein Gasthaus zu finden. Seit Orsowa hatten wir keins gesehen.

Durch unsern Conful wurden wir dem Fürsten Alexander Ghika vorgestellt und in mehrere Bojaren-Familien eingeführt. Der Fürst gab uns ein Diner und beschaffte ein Exercire, welches letztere aber wegen heftigen Schneegestöbers abgesetzt werden mußte.

Obwohl wir uns fast unter dem nämlichen Breitengrade mit Genua befinden, wo ich mich vorigen Jahrs um diese Zeit des schönsten Sommers erfreute, so ist hier doch schon Alles in diesem Winter er-

Also Molte fährt, nachdem er seine Reise donauabwärts beschrieben, fort, wie folgt:

